

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, KREISVERBAND TÜBINGEN,
POSTSTR. 2-4, 72072 TÜBINGEN

An die
Vertreterinnen und Vertreter der Presse

KREISVERBAND TÜBINGEN

Poststr. 2-4
72072 Tübingen
Tel: 07071 /51496
buero@gruene-tuebingen.de
www.gruene-tuebingen.de

Tübingen, den 01. Mai 2017

PRESSEMITTEILUNG

Grüne im Kreis Tübingen fordern Stopp der Abschiebungen nach Afghanistan

Der Kreisverband von Bündnis 90/Die Grünen in Tübingen fordert einen Stopp der Abschiebungen nach Afghanistan. Die Kreismitgliederversammlung hat am Mittwochabend (26.04.17) mit großer Mehrheit eine von der Grünen Jugend Tübingen eingebrachte Resolution beschlossen. In der Resolution wird die Bundesregierung aufgefordert die Sicherheitslage in Afghanistan neu zu bewerten. Ebenso fordert der Kreisverband den Landesinnenminister Thomas Strobl (CDU) auf einen Abschiebestopp nach §60 a Aufenthaltsgesetz zu erlassen. Begleitet wurde die Verabschiedung der Resolution von einer offenen Debatte zur Sicherheitslage in Afghanistan.

Das Auswärtige Amt warnt Bundesbürger dringend vor einer Reise in alle Regionen Afghanistans. Dies zeigt, dass es keine sicheren Gebiete in Afghanistan gibt und die Bewertung der Sicherheitslage durch die Bundesregierung wahltaktisch motiviert ist. "Die Situation in Afghanistan hat sich die letzten Jahre immer weiter verschlechtert und auf dieser Grundlage ist es nicht zu verantworten Menschen in dieses Land abzuschicken", so Charlotte Vosschulte, Sprecherin der Grünen Jugend Tübingen. Anschläge sind in Afghanistan alltäglich. Auch die Hauptstadt Kabul wird regelmäßig von Kämpfern der radikal-islamischen Taliban angegriffen. Während westliche Politiker und Diplomaten hinter dicken Mauern abgeschirmt sind, ist die Zivilbevölkerung den Angriffen schutzlos ausgeliefert.

Neben der Resolution zum Abschiebestopp nach Afghanistan diskutierte die Kreismitgliederversammlung Änderungsanträge zum Bundestagswahlprogramm, welches auf der Bundesdelegiertenkonferenz in Berlin vom 16. bis 18. Juni beschlossen werden soll. So fordern die Grünen in Tübingen beispielsweise die Förderung von Baugemeinschaften ins Wahlprogramm zu übernehmen. Tü-

bingen ist bundesweit einer der Vorreiter bei Baugemeinschaften. Mit der Förderung von Baugruppen soll Druck aus dem Wohnungsmarkt genommen werden. Der Kreisverband wählte außerdem die Delegierten für den Bundesparteitag in Berlin im Juni. Delegiert wurden: Kalliopi Giannadaki, Sonja Ruff, Charlotte Voss-schulte, Christoph Joachim und Jörg Bischof.